



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 888 890

P/XV/11 - 14. Januar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Fragen ohne Antwort Gespräche in Israel über den Neo-Antisemitismus Von Jürgen F. Warner	89
3	Nicht begriffen Ein Wort an Herrn Oberländer	42
4	Belgrader Echo auf antisemitische Vorfälle "Erste Ausdrucksform faschistischer Strömungen?" Von unserem Korrespondenten aus Belgrad, Harry Schleicher	43
5 - 6	Der Rücktritt Pinays Hintergründe des Ministerwechsels Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	97
6 a	Wer "verleiht" das Bundesverdienstkreuz? Verteidigungsminister Strauss in Portugal	25
7	Verstimmung Adenauer und die Westmächte	37

* * * *
* * *

Fragen ohne Antwort

Gespräche in Israel über den Neo-Antisemitismus

Von Jürgen F. Warner

Drei Tage nach den Kölner Hakenkreuz-Sudeleien traf ich mit einer Reisegruppe der Kölnerischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit zu einem 14-tägigen Aufenthalt in Israel ein. Wie würden die Israelis unter solcher Vorzeichen auf einen deutschen Gruppenbesuch reagieren? Verständlich, daß man fürchtete, ein Kontakt, der der menschlichen Verständigung zwischen Deutschen und Juden dienen sollte, würde unter dieser schweren Belastung leiden. Aber nicht nur die israelische Presse begrüßte das Unternehmen der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit durchweg freundlich, auch der einzelne Besucher traf auf keine Äußerung eines Ressentiments, das wahrhaftig verständlich gewesen wäre.

Die Israelis sind ein aufgeschlossenes und kontaktfreudiges Volk. So ergaben sich in jedem Restaurant, in Omnibussen und auf der Straße immer wieder Gespräche. Begegnungen, die in ihrer Summe, bei allen Vorbehalten gegenüber dem Urteil, das ein Reisender in nur 14 Tagen gewinnen kann, doch wohl typisch sind für die Reaktionen des Durchschnitts-Israelis auf die neue Welle des Antisemitismus.

"Wie konnte es dazu kommen?"

Nach der immer wiederkehrenden ersten Frage an den Ausländer: "Welchen Eindruck haben Sie von unserem Land?" folgte, sobald sich der Fremde als Deutscher zu erkennen gab, sofort die zweite Frage: "Wie konnte es zu der Hakenkreuz-Schmiererei in Köln kommen?" Eine Frage, die nicht feindlich oder anklägerisch, sondern mit dem Wunsch zu einem deutenden Gespräch gestellt wurde; zu einem Gespräch, in dem dann aber von der Seite des jüdischen Partners immer wieder eine tiefe Besorgnis hervortrat. Waren meine israelitischen Bekannten in den ersten Tagen meines Aufenthaltes noch bereit, den Kölner Bubenstreich für eine Ausschreitung abartiger Elemente anzusehen, so steigerte sich gegen Ende der Reise zu immer mehr das grundsätzliche Mißtrauen gegen den Geist, der offensichtlich in der Bundesrepublik herrsche. Auch in der Presse trat, unter dem Eindruck der zahlreichen Nachahmer, die die Kölner Synagogenschänder in Deutschland fanden, dieses Mißtrauen immer stärker zutage. Es war in den letzten Tagen vor meinem Rückflug am 10. Januar in der Bevölkerung so stark geworden, daß sich offene Gespräche mit Zufallsbekannten kaum mehr ergaben. Nach Bejahung der Frage: "Sind Sie Deutscher?", gab es meist nur noch ein Hochziehen der Augenbrauen. Auskünfte wurden weiter höflich gegeben, Kellner, Omnibusfahrer und Bankangestellte blieben höflich, aber die zunehmende menschliche Reserve war unverkennbar.

Es wird lange Zeit dauern, bis diese Hypothek, die das deutsch-jüdische Verhältnis neu belastet, wieder abgetragen werden kann.

"Wie kann Oberländer Minister bleiben?"

Wie kritisch und nachdenklich die deutsche Haltung beobachtet wird, zeigten alle die Begegnungen, die ich hatte, die Gespräche auf der Straße ebenso wie die Unterhaltungen mit Beamten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Immer wieder kam die Frage: "Wenn es tatsächlich in Deutschland keinen aktiven Faschismus und Antisemitismus mehr gibt, wie kommen dann junge Menschen, die 1945 erst zehn oder zwölf Jahre alt waren dazu, Hakenkreuze zu schmieren? Wer hat sie zum Antisemitismus erzogen und wie kann eine solche Erziehung erfolgreich sein in einem Staat, der sich offiziell zur Demokratie und zu Humanität bekennt?"

In diesem Punkt der Diskussionen erfuhr ich immer wieder, daß die Namen Minister Oberländer und Prof. Heyde nicht nur politisch interessierten Menschen vertraut, sondern ein Begriff für fast jedermann in Israel sind. Versuchte ich Verständnis für die Aufrichtigkeit eines neuen, die Vergangenheit ablehnenden Geistes in der Bundesrepublik zu erwecken, so kam die Frage: "Wie kann in einem Staat, der sich aufrichtig vom Nationalsozialismus getrennt hat, ein Mann wie Oberländer Minister werden und es heute noch bleiben? Wie kann sich in demselben Staat eine Verschwörung des Schweigens bei den Spitzen von Verwaltung und Gesellschaft in Schleswig-Holstein bilden, um einen Mörder wie Heyde zu schützen?" Fragen, die befriedigend zu beantworten ein aufrichtiger Besucher Israels heute nicht in der Lage ist. Es hängt von der deutschen Bundesregierung ab, ob auch künftige Besucher vor solchen Fragen beschämt schweigen müssen oder ob sie werden antworten können.

"Warum keine diplomatischen Beziehungen?"

An noch einem Punkt schließlich wurde gerade von Politikern und Journalisten die Aufrichtigkeit des deutschen Verhältnisses gegenüber Israel bezweifelt: In der Frage der deutsch-israelischen diplomatischen Beziehungen. Niemand verstand, warum die Bundesrepublik nicht die Aufnahme dieser Beziehungen einleitet, die doch sogar von allen Ländern des Ostblocks mit Ausnahme von Pankow und Peking zu Israel unterhalten werden. Das offiziöse Argument der Bundesregierung, das Nicht-Bestehen diplomatischer Beziehungen würde sich zugunsten Israels auswirken, da es der Bundesregierung gegebenenfalls die Möglichkeit gäbe, zwischen Israel und den arabischen Staaten zu vermitteln, wurde nicht einmal debattiert. Sehr höfliche Gesprächspartner nahmen es schweigend zur Kenntnis, bei anderen erregte es ironisches Lachen.

Hier könnte die Bundesregierung sofort durch das Angebot zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel überzeugend beweisen, daß die Einstellung des heutigen Deutschlands gegenüber dem Staat der Juden wirklich frei von allen Rückständen der Vergangenheit ist. Ein solcher Schritt ersetzt in der Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit natürlich nicht die reinigenden und erzieherischen Maßnahmen, die bei uns im Inland nötig sind. Er würde aber von der Bevölkerung Israels und der ganzen Welt als eine Demonstration betrachtet werden, die gerade im gegenwärtigen Augenblick allgemein Anerkennung und Verständnis finden würde.

Nicht begriffen

sp - Seine Eminenz, der Weihbischof von Limburg, Walter Kampe, hat laut dpa zu den antisemitischen Vorfällen in der Bundesrepublik erklärt:

"Die eigentliche Gefahr für die Demokratie seien nicht die Grüppchen der Deutschen Reichspartei und die 'wichtigtuerrischen und neurotischen Anstreicher', sondern die in dem Staat und Gesellschaftsapparat sitzenden 'Halbdemokraten', die über ihre vergangenen Sünden und Irrtümer nicht hinwegkommen und daher immer wieder für solche Fehler anfällig werden oder sie doch bei anderen decken".

Besser hätten wir es auch nicht sagen können und deswegen stellen wir diese Äußerung an die Spitze eines uns notwendig erscheinenden Wortes an Herrn Oberländer.

Wir meinen, Herr Oberländer hat einfach nicht begriffen, worum es in seinem "Fall" geht. Er schlägt jetzt um sich, verweist auf die noch nicht abgeschlossene Untersuchung seiner möglichen Beteiligung an den Erschießungen von Juden in Lemberg und tut so, als habe er keine nationalsozialistische Vergangenheit.

Wenn Herr Oberländer ein Herr X wäre, würde er uns überhaupt nicht interessieren. Er ist aber Mitglied der Regierung Adenauer, die sich im Augenblick bemüht, das Ansehen Deutschlands im Ausland nicht durch die antisemitischen Sudeleien in der Bundesrepublik beeinträchtigen zu lassen.

Das mindeste, was Herr Oberländer in dieser Situation zu tun hätte, wäre folgendes:

Er müßte zunächst das amerikanische Dokumenten-Center in Berlin auffordern, alle Unterlagen über seine politische Vergangenheit herauszugeben;

er müßte dann öffentlich bekanntgeben, welche Funktionen und Ämter er im NS-Staat innehatte, und

er müßte schließlich bis zur restlosen Klärung seiner politischen Vergangenheit den Ministerposten zur Verfügung stellen.

Nur eine solche Handlungsweise könnte ihn von dem Verdacht befreien, daß er die Auseinandersetzungen über seinen "Fall", der inzwischen zu einer Kommerzialisierung des Ansehens des jungen demokratischen Staates Bundesrepublik geworden ist, auf eine Ebene zu verschieben gedenkt, wo der Kern des "Problems Oberländer" überhaupt nicht berührt wird.

Oberländer ist eine Belastung für die junge deutsche Demokratie; sein Rücktritt ist ein notwendiger Akt der Selbstreinigung unserer gegenwärtigen Staatsführung.

+ + +

Belgrader Echo auf antisemitische Vorfälle

Von unserem Korrespondenten aus Belgrad, Harry Schleicher

"Ist es wirklich wahr?" ist gegenwärtig eine der meistgehörten Fragen, wenn man in Jugoslawien als Deutscher erkannt wird. Diese Frage hat rein rhetorischen Charakter, denn seit Tagen sind die hiesigen Zeitungen übervoll mit Meldungen, Berichten und Kommentaren über die antisemitischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik und anderswo. Eine solche Fragestellung ist jedoch darüber hinaus ein leiser Vorwurf an sich selbst, daß man etwas wirtschaftswundergeblendet bislang geneigt zu sein schien, gewisse besorgniserregende Anzeichen in der innenpolitischen bundesdeutschen Entwicklung relativ leicht zu nehmen.

Stärker als die Abscheu vor dem Antisemitismus sind jedoch hier die Befürchtungen, es handele sich bei den jüngsten Vorfällen nur um die erste Ausdrucksform einer umfassenderen faschistischen Strömung. Zu Recht wird darauf hingewiesen, daß rund 30.000 Juden in einem wirtschaftlich gesunden Volkskörper nicht einmal den auf einem falsch verstandenen antikapitalistischen Konkurrenzneid begründeten Antisemitismus heute noch einigermaßen zu erklären imstande seien. Die Wurzeln liegen also tiefer.

So ist es nicht verwunderlich, wenn in dem von fremden und eigenen Faschisten so hart betroffenen Jugoslawien erneut globale Analysen der Zeit seit 1945 angestellt werden. Dabei werden die Hauptursachen für die neue nazistische Welle in der Tatsache gesehen, daß den heißen Weltkrieg unmittelbar der kalte Krieg folgte; daß auf der Suche nach den lautstärksten Antikommunisten, die infolge ihrer ererbten national-mystischen Vorstellungen einer echten ideologischen Auseinandersetzung mit dem Osten ohnehin nicht fähig waren, man allzu bereit auch auf die Vertreter der braunen Garden des Dritten Reiches zurückgriff. Kein Wunder also, folgern in einer bisher lange nicht gehörten Schärfe hiesige Kommentatoren, daß Regierung, Verwaltung, Polizei, Justiz und Wirtschaft der Bundesrepublik von nazistischen Elementen durchsetzt seien.

Die politischen Konsequenzen der jüngsten Ereignisse sind noch nicht zu übersehen. Fest steht, daß alle die Kräfte, die geneigt waren, eine ungestörte demokratische Entwicklung der Bundesrepublik zu akzeptieren und deswegen auch unter die Vergangenheit einen Schlussstrich zu setzen, einen Tiefschlag erhalten haben. Wie sich dies auf die offiziellen Vorstellungen des Bundes der Kommunisten Jugoslawien und seine internationalen Beziehungen auswirken mag, ist eine weitere nicht unberechtigte Frage. Denn die besorgniserregenden Ausschreitungen in der Bundesrepublik und ihr Aufgreifen in einer Reihe anderer Staaten haben hier den überzeugten Eindruck entstehen lassen, daß es sich dabei keineswegs um eine interne bundesdeutsche Angelegenheit handeln könne.

Pinay kontra de Gaulle

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Widersprüche haben jetzt in Frankreich zu einer "kalten" Regierungskrise geführt, die leicht eine "heiße" Krise nicht nur der Regierung, sondern des ganzen Regimes werden kann.

Die beiden großen Regierungsparteien, Gaullisten und Rechtsunabhängige, befinden sich in offenem Konflikt in fast allen wichtigen wirtschaftlichen und politischen Fragen. Nur die Autorität de Gaulles verhinderte bis zur Stunde den Zerfall dieser Regierungskoalition.

Es geht zunächst um wirtschaftspolitische Gegensätze. Die Gaullisten stehen unter dem Druck der Arbeitnehmer, die sich seit einem Jahr, infolge der Austeritätspolitik, vom Regime immer mehr abwenden und wieder in das linksradikale Lager abwandern. Der Gaullismus ist um seine schwindende Popularität besorgt. Die Rechtsbürgerlichen dagegen stehen nicht unter diesem Druck, denn ihre Wähler sind vorwiegend Bürger, Bauern und Kleinbürger; sie bemühen sich jedenfalls in keiner Weise, in der Arbeiterschaft Fuß zu fassen und sind entschlossen, die offene arbeiterfeindliche Finanz- und Sozialpolitik fortzusetzen.

Lohnfragen

Die Gaullisten sind jetzt, angesichts der Massenunzufriedenheit, bereit, Lohnserhöhungen in der Privatindustrie und auch im öffentlichen Sektor zuzulassen. Schon haben Lohnverhandlungen mit den besonders unzufriedenen Eisenbahnern begonnen, auf Basis der Gewerkschaftsforderungen (elf Prozent Lohnserhöhung). In der Privatindustrie wurden neue, für die Arbeitnehmer günstigere Kollektivverträge abgeschlossen. Das Nachgeben in einem Sektor hat aber gleichartige Folgen auch in anderen Wirtschaftszweigen. Ein Teil der Arbeitgeber ist bereit, die Kaufkraft im Interesse der Expansion wieder zu haben; Pinay war aber aus Angst vor neuer Inflation gegen jede Konzession und warf seinen Kollegen zu große Nachgiebigkeit vor.

Mitbestimmung oder "Sowjetisierung"?

Besonderen Krach hatte er mit dem als "Linksgaullisten" bekannten Justizminister Michelet, der - nach westdeutschem Muster - eine teilweise Mitbestimmung der Gewerkschaften durchsetzen will, selbstverständlich im Interesse der Produktionssteigerung. Aber selbst das Beispiel des gewiß nicht revolutionären Adenauer-Staates wirkt für Pinay wie ein rotes Tuch, und er bezichtigte seinen Ministerkollegen, Frankreichs Industrie "sowjetisieren" zu wollen. Michelet antwortete darauf, daß er dennoch für die Mitbestimmung der Gewerkschaften sei, "wenn die CGC auch heute leider allzu oft ein Transmissionsriemen der Kommunistischen Partei ist".

Einen weiteren Zusammenstoß hatte Pinay mit dem Industrieminister Jeanneney, der überhaupt als Gegenspieler des Finanzministers gilt. Pinay sträubte sich gegen die geplante Modernisierung der französischen Industrieorganisation und insbesondere gegen die Schaffung einer staatlichen Erdölgesellschaft (Société de l'Industrie Pétrolière, S.I.P.), die den im B.R.P. (Bureau des Recherches des Pétroles) zusammengeschlossenen privaten Erdölfirmen Konkurrenz machen könnte. Da es hier um die

Ausbeutung der Sahara-Quellen geht, von denen man sich in Paris besonders viel verspricht, **nahm** der Kalte Krieg im Regierungslager hier besonders scharfe Formen an.

Kein Geld für Afrika

Zugleich **ritt** Pinay scharfe Attacken gegen de Gaulles Afrika-Pläne; er billigt wohl den liberalen Kurs, vor allem in der Hoffnung, daß dadurch der Staatssäckel entlastet wird. Seit langem schon werden in großkapitalistischen Kreisen die Ausgaben für das zerfallene Kolonialreich als unnütze Last empfunden. Auf diese Weise gerät der Finanzminister in Konflikt auch mit dem Verteidigungsminister Guillaumat. Selbst der französische Atombombenversuch sieht Pinay mit gemischtem Gefühl. Er widersetzt sich aber auch einer großzügigen Finanzhilfe für die politisch abfallenden afrikanischen Länder, gewissen Punkten des Planes von Constantine und überhaupt aller "Politik der Größe".

Er geriet somit in Konflikt nicht nur mit einzelnen Fachressorts der Regierung Debré, sondern mit dem Staatspräsidenten de Gaulle persönlich, zu dem er seit jeher in sozusagen physischem und charakterlichem Gegensatz steht. Symbolisiert de Gaulle den Drang nach nationaler Größe, zugleich aber auch ein gewisses Format, so ist Pinay der Vertreter der Kleinkrämerei und der Kleinlichkeit und verkörpert die Ablehnung jedes Abenteuers, aber auch jeder Kühnheit, nicht nur auf nationalem, sondern auch auf sozialem Gebiet.

Zwei Konzeptionen

Es stehen sich somit zwei Konzeptionen gegenüber, die sich schwer miteinander vereinbaren lassen. Es ist übrigens kein Geheimnis, daß die Rechtsbürgerlichen Pinay als eventuellen Kandidaten für spätere Staatspräsidentenwahlen auf ihr Schild gehoben haben.

Der Gegensatz zwischen den beiden regierenden Parteien, Gaullisten und Rechtsbürgerlichen, lange vertuscht und überkleistert, ist umfassend und muß ausgetragen werden. Es ist zweifelhaft, ob ein wirklicher Kompromiß zwischen den beiden Antagonisten im gegenwärtigen Stadium noch möglich ist. Es geht darum, ob die Fünfte Republik in der weiteren Folge rechtsbürgerlich oder gaullistisch regiert werden soll, d.h., ob sie mit einer neuen Bürokratie oder Technokratie neue Außen- und Innenpolitik, neue Afrika-Politik und vielleicht auch eine gewisse Sozialdemagogie betreiben soll, oder mit den alten konservativen Kadern den alten gewohnten Trott weitergehen soll.

Weder die eine noch die andere Lösung kann aber die Linksentwicklung aufhalten. Die Fortsetzung der konservativen Austeritätspolitik müsste die Linksopposition stärken, ein Austritt der Rechtsbürgerlichen aus der Regierung würde jedoch früher oder später den Weg für Linkskräfte freimachen, die wieder vorwärts drängen.

Der Rücktritt des linksstehenden Unterrichtsministers Boulloche, aus Protest gegen die klerikale Schulreform, hat vor einigen Wochen zum erstenmal die Ministersolidarität durchbrochen. Die Gaullisten hofften damals, durch einen Schlag gegen die Linke, die loyale Mitarbeit der Konservativen und Klerikalen erkaufen zu können. Heute zeigt es sich, dass diese Spekulation vergeblich war und dass die Reaktion auf allen Gebieten entscheidende Forderungen stellt; Die Kraftprobe, die man hinauszuschieben suchte, ist unvermeidlich geworden.

Wer "verleiht" das Bundesverdienstkreuz?

sp - Bundesverteidigungsminister Strauß habe am Mittwoch in Lissabon dem portugiesischen Verteidigungsminister, General Moniz, das Großkreuz des Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland "verliehen", meldete am Donnerstag eine deutsche Nachrichtenagentur aus Portugal.

Erstaunlicherweise ist offensichtlich weder dem Lissaboner Korrespondenten noch der westdeutschen Redaktion der Agentur aufgefallen oder klar geworden, daß der Bundesverteidigungsminister überhaupt nicht die Berechtigung hat, das Bundesverdienstkreuz zu "verleihen". Das ist und bleibt verfassungsmäßig ausschließlich das Recht des Bundespräsidenten. Dem Bundesverteidigungsminister kann daher nur aufgetragen worden sein, aus Anlaß seines zufälligen Besuches in Lissabon im Auftrage des Bundespräsidenten dem portugiesischen Verteidigungsminister das Bundesverdienstkreuz zu überbringen.

Vielleicht erscheint manchem, der inzwischen stärkeren Toback gewöhnt ist, der Anlaß zu gering, um eine Kritik daran zu hängen. Man sollte sich aber nicht leichtfertig beruhigen. Der Vorfall ist ein Symptom für den Ablauf eines bundesdeutschen politischen Lebens, das im Laufe eines Jahrzehnts kanzlerautoritären Regimes allmählich in einem Zustand zu münden scheint, in dem sich jeder Bundesminister als Unterkönig gebärden möchte.

Umso notwendiger ist es, die öffentliche Kontrolle und Kritik an jedem Lapsus anzusetzen, der tatsächlich nur ein Teil vom Ganzen ist.

+ + +

Verstimmung

sp - Die Berlinreise des Bundeskanzlers hat ein höchst unerwünschtes wenn auch ein beinahe vorauszusehendes Nachspiel gezeitigt. Die Verstimmung in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten über die Berlinrede Adenauers ist groß; sie äußert sich nicht immer in gewohnten diplomatischen Formen. Man nimmt es dem Bundeskanzler übel, daß er sich zum Sprecher der westlichen Welt aufgeworfen hat, ohne dazu legitimiert zu sein. Niemand hat Adenauer ermächtigt, zu erklären, die Genfer Berlin-Vorschläge gelten nicht mehr, sie seien durch die russische Ablehnung gegenstandslos geworden.

Diese Erklärung widerspricht offensichtlich dem wirklichen Tatbestand. Weder liegt eine glatte sowjetrussische Ablehnung vor, noch denken die USA und Großbritannien bei aller Betonung ihrer grundsätzlichen Bereitschaft, das Freie Berlin zu sichern, daran, in der Berlinfrage ultimativ zu verfahren und sich auf eine Position festlegen zu lassen, die sie manövrierunfähig machen würde. Ihre Vorschläge sind elastisch gehalten und lassen Spielraum für Verhandlungen. Sie - London und Washington - sind bestrebt, den Faden nicht abreißen zu lassen. Adenauer übersah auch die von Eisenhower dem sowjetrussischen Ministerpräsidenten gegebene Zusicherung, bei einer kommenden Gipfelkonferenz das Thema Berlin auch zu behandeln. Eisenhower ist nicht der Mann, der Zusagen nicht einhält. Heute muß sich aber der Bundeskanzler von einer ihm sonst gewiß nicht unfreundlich gesinnten britischen Zeitung, dem konservativen "Daily Telegraph", sagen lassen, er sei ein Faktor, den man in der Berlinfrage nicht mehr in Rechnung zu stellen habe.

Das ist ein schreckliches Wort. Es zeigt die große Entfremdung auf, die zwischen den Westmächten und Adenauer eingetreten ist. Hier kündigt sich die Bereitschaft der zwei führenden Westmächte an, über Bonn hinweg, sofern sie dies im Eigeninteresse für nötig halten sollten, sich mit der Sowjetunion auf der Grundlage der bereits in Genf vorsichtig angebahnten Möglichkeiten zu arrangieren.

Ist die offizielle Bonner Außenpolitik mit Blindheit geschlagen oder hat der Kanzler wieder einmal ohne seinen Außenminister "Politik" machen wollen? Es wird jetzt doch deutlich, daß der gordische Knoten Berlin nur im Zusammenhang mit der Deutschlandfrage und dem europäischen Sicherheitsproblem lösbar ist. Dieser Erkenntnis scheint sich der Bundeskanzler auch jetzt noch zu verschließen. Seine Haltung könnte die Westmächte veranlassen, über Berlin isoliert zu verhandeln. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel.